



«Wir sind daran, dieses Problem zu lösen»

Kriminalitätswelle: Maja Riniker macht sich für Datenaustausch zwischen den Kantonen stark. Dieter Egli will Polizeipräsenz ausweiten.

Daniel Vizontini

Die Welle von Einbruchs- und Diebstahldelikten im Aargau beschäftigt nun auch die Politik. Am Samstag hatte die Kantonspolizei in der AZ dargelegt, dass der fehlende Datenaustausch zwischen den Kantonen die Arbeit der Behörden stark beeinträchtigt. Wollte die Polizei im Aargau wissen, ob eine Person auch in anderen Kantonen bereits Delikte verübt hat, müsste sie bei jedem Kanton individuell nachfragen, erklärte Polizeisprecherin Corina Winkler.

Auf den Artikel in der AZ reagierte am Samstag bereits Nationalrätin Maja Riniker (FDP). Als Sprecherin der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats machte sie in den sozialen Medien auf diesen Missstand aufmerksam und darauf, dass im Bundesparlament auf eine Lösung hingearbeitet werde.

«In Zeiten von massiv steigender Kriminalität kann es nicht sein, dass der Bund den Kantonen und der EU Daten weitergeben darf, die Kantone untereinander aber kein Mittel haben, um unkompliziert und unbürokratisch miteinander abgleichen zu können, ob die Person Wiederholungstäter ist», schrieb sie.

«Datenschutz ist in diesem Fall ein Täterschutz»

In der letzten Session hat Maja Riniker dem Nationalrat die Annahme einer Vorlage emp-

fohlen, die eine gesetzliche Grundlage für den interkantonalen Abgleich der Daten schaffen soll. Der Nationalrat sagte bereits Ja. Nun geht die Vorlage in den Ständerat.

Es gehe um eine «Abwägung zwischen Datenschutz und Effizienz der Polizei», schreibt sie weiter. «Da in diesem Fall der Datenschutz aber gleichzeitig ein Täterschutz ist, bin ich dafür, dass die Vorlage so rasch wie möglich umgesetzt wird.»

Mit ihrer Publikation in den sozialen Medien wolle sie die Dringlichkeit der Gesetzesänderung nochmals verstärken, sagt Maja Riniker auf Anfrage. Die Problematik habe man seitens Bund erkannt, und man sei daran, diese zu lösen.

Ein Vormarsch auf zwei Fronten

«Der Kantönligeist spielt Kriminellen in die Hände», titelte zuletzt etwa die NZZ zu diesem Thema. Damit das Problem möglichst schnell gelöst wird, geht die Politik aktuell auf zwei Fronten vor. Zum einen über das Bundesparlament, wo Maja Riniker bereits die Annahme der Vorlage im Nationalrat feiern konnte. Da gibt es aber Kritik. Juristen sagen: Erhält der Bund die Kompetenz, die Abfrage polizeilicher Daten unter den Kantonen festzulegen, könnte dies auch als ein Systembruch gesehen werden, denn die Polizeien sind eigentlich in jedem Kanton individuell geregelt. Dazu warnen Datenschützer vor

einer «nationalen Polizeidatenbank für Bagatelldelikte», wie sie sagen.

Die Kantone arbeiten deshalb über die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD) an einer sogenannten Konkordatslösung für eine interkantonale Vereinbarung für den Datenaustausch. Dafür müsste mindestens eine Mehrheit der Kantone zustimmen, und es fänden Gesetzesanpassungen auf Kantonsebene statt.

«Im Bereich Sicherheit dürfen wir nicht zu territorial denken», sagt der Aargauer Regierungsrat und Polizeivorsteher Dieter Egli (SP) auf Anfrage. Innerhalb eines Kantons habe man Zugriff auf die Daten. Da mache es kaum Sinn, dass etwa ein Nachbarkanton diese nicht einsehen könnte. Zumal die Kriminellen – vor allem in den aktuellen Fällen von Diebstählen aus Fahrzeugen – sehr mobil sind. Sie nutzen diese Informationslücken unter den Kantonen aus.

«Datenschutz schützt die Unschuldigen»

Dass Datenschutz nicht immer gleich Täterschutz ist, wie Maja Riniker in den sozialen Medien suggeriert, sieht auch Dieter Egli: «Man darf den Datenschutz nicht generell verteufeln», sagt er. «Ziel des Datenschutzes ist es, die Unschuldigen zu schützen, nicht die Schuldigen.» Man müsse dies aber im Einzelfall beurteilen, ein Spannungsfeld bliebe es

stets. Als Sicherheitsdirektor und Vertreter der Polizei stellt er klar: Viel wichtiger, als welche Daten man abfragen könne, sei eine Regelung, wie die Polizei mit den Daten umgehen dürfe. «Das muss klar geregelt sein, auch gesamtschweizerisch.»

Mehr Polizeikräfte und schnellere Asylverfahren

Dank Datenaustausch unter den Kantonen könnten Wiederholungstäter als solche schneller entlarvt werden. Ein Geheimrezept, um die aktuelle Welle an Diebstählen zu unterbinden, gebe es aber nicht. «Die Polizei muss präsent sein», sagt Dieter Egli. Sie müsse sich auf thematische und regionale Brennpunkte fokussieren können. «Da brauchen wir über kurz oder lang auch mehr Polizeikräfte.» Aus Sicht des Regierungsrats würde auch eine Einheitspolizei helfen, das Personal flexibler einzusetzen.

Im Fall der vielen Asylbewerber aus Nordafrika sagt der Regierungsrat auch, dass schnellere Verfahren notwendig wären. Bei Personen, die ohne Perspektive hier seien, sei die Hürde zum Delinquieren sehr tief.

«Talk Täglich»-Spezialsendung heute Abend

Tele M1 wird das Thema der grossen Deliktswelle von Nordafrikanern im Aargau heute Abend, 20. Februar, in der Sendung «Talk Täglich» aufgreifen: Um 18.30 Uhr debattieren Kantonspolizeikommandant Michael Leupold, SVP-Nationalrat Christoph Riner und SP-Präsident

tin Nora Langmoen live, moderiert von Adrian Remund. (dvi)



Stadt-, Regional- und Kantonspolizei mussten in den letzten Monaten vermehrt wegen Diebstählen und Einbrüchen ausrücken – wie etwa hier in Baden. Bild: Valentin Hehli



Nationalrätin Maja Riniker, Sprecherin der Sicherheitspolitischen Kommission. Bild: Stefan Huwyler



Regierungsrat Dieter Egli, Vorsteher Departement Volkswirtschaft und Inneres. Bild: Alex Spichale